

Milliardär George Soros und Ex-Bundesrätin Ruth Dreifuss Seite an Seite für die Cannabis-Legalisierung

Die ehemalige Bundesrätin Ruth Dreifuss kämpft mit allen Mitteln für die in verschiedenen Städten geplanten Cannabis Social Clubs. Seit Juni 2014 präsidiert sie die Genfer Kommission, die für die Ausarbeitung der Machbarkeitsstudie für einen solchen Cannabis-Klub in Genf zuständig ist (Anmerkung des Übersetzers). In den 1990er-Jahren bezeichnete man sie als «Dealerin der Nation».

Was man selten hört ist, dass sie dies im Auftrag von George Soros tut, der sich bereits seit Jahrzehnten für den legalen Verkauf von Drogen einsetzt. Und in der Tat ist Ruth Dreifuss Mitglied des Verwaltungsrats der «Open Society Foundations» mit Sitz in New York, der gewissermassen das

Politbüro des Zentralkomitees für eine Unzahl von NGOs darstellt, die alle von George Soros gegründet und finanziert sind und die für ihn arbeiten. Im Verwaltungsrat ist sie zuständig für die Umsetzung des weltweiten Drogenlegalisierungsprogramms und wird auch dafür entschädigt. Der Vollständigkeit halber sei auch erwähnt, dass sie den entsprechenden Unterausschuss präsidiert.

In der Öffentlichkeit begnügt sie sich damit, eines der Kommissionsmitglieder der «Global Commission on Drugs» (operative Filiale der «Open Society Foundations» für die Legalisierung aller Drogen) zu sein. Interessant ist auch, dass dieses riesige Netz von Stiftungen und Organisationen –

jede so undurchsichtig wie die andere, aber alle mit wunderschönen Homepages – unter der Kontrolle einer Stiftung nach Schweizer Recht steht, des «Open Society Institute», dessen Sitz sich seit 1993 in Zug befindet. Dass dieses Gründungsjahr auch das Jahr der Bundesratswahl von Ruth Dreifuss war, ist natürlich reiner Zufall – genauso wie die perfekte Übereinstimmung zwischen den Zielen dieser Stiftung im Bereich Drogen und der «Vorreiterrolle», die Dreifuss damals schon in der Schweizer Drogenpolitik übernommen hat.

Dieser Artikel wurde in der monatlich erscheinenden Genfer Wirtschaftszeitschrift «market» vom 24. Dezember 2014 publiziert und ist vom «Verein Jugend ohne Drogen» aus dem Französischen übersetzt worden.



Ein eiserner Verfechter der Cannabis-Legalisierung: der bekannte Investor und Milliardär George Soros, hier am WEF 2010 in Davos.

Bilder: [wikimedia.org/User:Sandstein](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:George_Soros.jpg) (CC BY-SA 2.0, Foto dient ausschliesslich der Illustration dieses Artikels) / Optinovum

Der Kanton Bern will keine Versuche mit Cannabisprodukten

Die grosse Mehrheit des Grossen Rates verlangt folgende Massnahmen:

1. Der Regierungsrat verbietet auf seinem Kantonsgebiet Drogenversuche, welche die Abgabe und/oder den Verkauf und/oder den Konsum von Cannabisprodukten in Cannabis-Vereinen erlaubt.

2. Der Regierungsrat stellt sicher, dass die Erkenntnisse der neusten Studien an sämtlichen kantonalen Schulen publik gemacht und die Lernenden über die Gefahren aufgeklärt werden.

3. Der Regierungsrat setzt sich auf Bundesebene dafür ein, dass das Bundesamt für Gesundheit, welches für ei-

ne Bewilligung für «legales Kiffen in Cannabis-Klubs» zuständig ist, eine Absage erteilt.

4. Die bisherige Drogenpolitik des Kantons Bern mit dem Viersäulenmodell (Prävention, Therapie, Schadensminderung, Repression) und dem staatlichen Fernziel einer drogenfreien Gesellschaft wird konsequent weitergeführt.

Diese Forderungen wurden folgendermassen begründet:

Wer täglich und über längere Zeit kiffet, tut seinem Körper nichts Gutes. **So schädigt regelmässiger Cannabis-Konsum** nicht nur die Lunge und das Herz-Kreislauf-System, sondern

auch Teile des Gehirns. Das haben Forscher der Duke-Universität im US-Bundesstaat North Carolina in einer fast 40 Jahre laufenden Studie gezeigt. Bei Menschen, die über mehrere Jahre hinweg Cannabis rauchen, **verschlechtern sich die geistigen Fähigkeiten – und der IQ sinkt.** Das gilt insbesondere für Jugendliche. **Zudem erhöht regelmässiger Konsum gerade bei jungen Menschen das Risiko, an einer chronischen Schizophrenie und anderen schweren psychischen Störungen zu erkranken.** Auch Gelegenheits-Kiffer, die ein- bis zweimal pro Woche zum Joint greifen, weisen Veränderungen in wichtigen Hirnregionen auf. Weil die untersuchten Gehirnregionen für die Motivation von zentraler Bedeutung

Editorial



Sabina Geissbühler-Strupler, Grossrätin, Präsidentin der Schweizerischen Vereinigung Eltern gegen Drogen

Die Schweizerische Vereinigung «Eltern gegen Drogen» ist **sehr besorgt über die weltweiten Aktivitäten der Drogenlegalisierungslobby** und deren immenser finanzieller Unterstützung. Die vielen wissenschaftlichen Ergebnisse zur Gefährlichkeit von Cannabis werden ignoriert und die Gefährdung von Menschen, die in «Cannabis-Klubs» als «Versuchs-

objekte» gebraucht werden sollen, in Kauf genommen. Dies ist verwerflich, da Cannabis – wie beim russischen Roulette – bei Menschen sehr unterschiedliche, nicht vorhersagbare Auswirkungen (Aggressionen, Suizid, Psychosen etc.) auslösen kann.

Auf anderen Kanälen wird versucht, Cannabis als Heilmittel anzupreisen und so zu einer Freigabe zu gelangen. Auch hier gibt es für das Lösen von Krämpfen bei Multiple-Sklerose-Patienten, gegen Brechreiz bei Krebspatienten usw. andere Massnahmen mit weniger Nebenwirkungen, aber auch Bewilligungen des Bundesamts für Gesundheit bei einem expliziten Wunsch des Patienten und seines Arztes.

Erfreut haben wir aber auch zur Kenntnis genommen, dass sich Politikerinnen und Politiker vermehrt dem Thema «Cannabis» annehmen und vor allem mit sachlichen Argumenten überzeugen. Wir veröffentlichen deshalb den Wortlaut der zwei Hauptinitianten, welche sich im Berner Grossen Rat (Kantonsrat) am 18.11.2014 **gegen die Einführung von «Cannabis Social Clubs»** ausge-

sprochen haben und deren Meinung bei einer Mehrheit der Grossrätinnen und Grossräte Unterstützung fand. Wir hoffen natürlich, dass sich in anderen Kantonen Nachahmer/-innen finden werden, nach dem Motto **«Wehret den Anfängen».**

Aus dem Inhalt

- 1 Milliardär George Soros und Ex-Bundesrätin Ruth Dreifuss Seite an Seite für die Cannabis-Legalisierung
- 2 Editorial
- 2 Der Kanton Bern will keine Versuche mit Cannabisprodukten
- 4 Drogenlegalisierung als Teil der Weltbeherrschung?
- 6 Kiffer und Kifferin als Mörder und Messerstecherin
- 7 Schliessung eines Hauses für Frauen mit Drogenproblemen und ihre Kinder
- 8 Forderungen von Pflegeeltern an drogenabhängige Eltern

Eltern gegen Drogen

sind, stützen die Ergebnisse die unter Forschern weit verbreitete Theorie, dass Marihuana-Konsum zu einer Störung führt, die als **Amotivation** bekannt ist. Davon betroffene Menschen haben Schwierigkeiten, Ziele konsequent zu verfolgen und sich auf bestimmte Dinge zu konzentrieren.

In Anbetracht der dargestellten Erkenntnisse ist es unsinnig, dass in ausgewählten Klubs der Schweiz die Abgabe von Cannabisprodukten, die erwiesenermassen zu Gehirnveränderungen, Schizophrenie, Psychosen, Amotivation und Konzentrationslücken führen, erlaubt werden soll, wie dies zurzeit als Pilotprojekt geplant ist.

Lars Guggisberg, Grossrat, Kirchlin-dach

Rauschgifte sind keine Genussmittel, sondern Stoffe, die in kürzester Zeit zu Abhängigkeit führen sowie Körper und Geist kaputt machen. **Ziel der Drogenpolitik muss es sein, den Drogenhandel zu bekämpfen, den Einstieg in den Konsum zu verhindern und die Süchtigen in die Suchtfreiheit zu führen.**

Die Legalisierung und jede Verbesserung der Erhältlichkeit so genannt «weicher Drogen» wie **Haschisch oder Marihuana** müssen abgelehnt werden. Diese Pflanzen sind **alles andere als harmlos** und weisen heute einen THC-Gehalt auf, welcher weit höher und damit gefährlicher ist als die Ursprungsgewächse. Wenn jetzt alle Suchtmittelkonsumationen über den gleichen Leist geschlagen werden, dann werden illegale Drogen – und dies ist es – verharmlost und verlieren die nötige Beachtung – und das wollen wir nicht.

THC – als rauscherzeugende Substanz – wird im Fettgewebe eingelagert und bleibt daher viel länger im menschlichen Körper als zum Beispiel Alkohol. So ist nach etwa sieben Tagen erst die Hälfte des THC abgebaut – es dauert sogar 14 Tage, bis es nicht mehr im Blut nachweisbar ist. **Das bedeutet, dass auch die Wo-**



Wenn wir mehr Drogenkonsum legalisieren würden, könnten wir mehr Prävention betreiben!

Die Argumente der Drogenlegalisierungs-Lobby basieren auf eigenartigen Ansichten ... Bild:ZVG

chenendkonsumenten nie drogenfrei sind. Daraus wird ersichtlich, wie riesig die Unterschiede zu andern Suchtmitteln sind.

Und an alle Sportfreunde hier im Saal: **Haben Sie gewusst, dass Cannabis an Wettkämpfen verboten ist und daher auf der Dopingliste steht?** Haben Sie weiter gewusst, dass in den letzten Jahren rund die Hälfte aller positiven Dopingfälle in der Schweiz Cannabis betraf? Mit der Überweisung des Vorstosses im Grossen Rat unterstützen wir also nebenbei auch die Bestrebungen von «cool and clean»!

Cannabis hat schädigende Auswirkungen auf die Psyche und den Körper und kann verheerende Auswirkungen auf den Konsumenten und dessen Umfeld haben. Also nochmals: **Die Gefahren des Konsums werden heute verharmlost.** Eine Vielzahl von Erziehungsbemühungen von Eltern, Lehrerschaft sowie Präventionsanstrengungen würden damit zunichte gemacht.

Ich befürchte, dass jede Art einer Liberalisierung schliesslich dazu führt, dass der Konsum steigt und am Ende die Allgemeinheit für die Kosten aufkommen muss.

Nebst den gesundheitlichen Argumenten geht es schliesslich auch darum, die demokratiepolitische und rechtliche Dimension zu beachten. **Mit solchen Versuchen oder Pilot-**

projekten wird unseres Erachtens **der Volkswille missachtet.** Immerhin sind hierzulande bisher alle Legalisierungsvorlagen gescheitert; ich erinnere an die Droleg-Initiative, welche mit 74%, und die Cannabis-Initiative, welche mit 63% abgelehnt wurden.

Die Klubs dienen weder der wissenschaftlichen Forschung noch der Arzneimittelentwicklung oder noch einer medizinischen Anwendung, sondern lediglich dem «Genuss». Also sind die gesetzlichen Ausnahmebestimmungen nach Betäubungsmittelgesetz nie und nimmer erfüllt – und deshalb sind die Anliegen des Vorstosses zu unterstützen.

Würde dieser abgelehnt, wäre damit nach unserem Erachten eine klar falsche Haltung des Kantonsparlamentes verbunden, indem der Cannabis-Konsum als nicht so schlimm taxiert würde. Ja noch schlimmer – denn damit würden von unserem Staat total falsche Signale ausgehen:

- 1. Der Staat betätigt sich als Dealer.**
- 2. Der Staat missachtet den Volkswillen.**
- 3. Der Staat ignoriert wissenschaftliche Studien.**

Überall in der Politik wird die Nachhaltigkeit von Massnahmen verlangt, nur in der Drogenpolitik wird sie sträflich vernachlässigt.

Daniel Bichsel, Grossrat, Zollikofen

Drogenlegalisierung als Teil der Weltbeherrschung?

George Soros tritt seit 1989 international immer öfter in Erscheinung. Er hat auf Kosten der Bevölkerung in vielen Ländern der Erde mit Finanzspekulationen mehrere Milliarden US-Dollar geschneidert. Mit diesem Geld versucht er – unter anderem über viele Stiftungen – die Welt nach seinem Gusto umzugestalten. **Schwerpunkte für ihn sind die Aufhebung der Souveränität der Nationalstaaten, die Drogenlegalisierung und die gezielte Tötung von Menschen (Euthanasie).** Dafür will er sein gesamtes Vermögen aufwenden («Soros über Soros», Seite 146).

Da Soros mit finanzieller Unterstützung weltweit eine Drogenfreigabe durchsetzen will und bankrotte Staaten bei einer Drogenlegalisierung grosse Gewinne einstreichen können, finden Soros' Ideen nun vor allem dort Anhänger. Ein Rückblick auf seine Aktivitäten und auf **Auszüge aus seinem Buch «Soros über Soros»** soll uns die Augen für diese gefährlichen Ideologien öffnen.

Soros ruft bewusst Chaos hervor

Die Spezialität von Soros ist nach eigenen Angaben eine genaue politische Analyse in allen Ländern, um im geeigneten Moment ein Chaos hervorzurufen: **«Ich bin auf Chaos spezialisiert.»** (Tagesspiegel, 29.8.1998). Er nützt jede Schwäche einer Volkswirtschaft gnadenlos aus, um sich zu bereichern.

Soros-Stiftungen als Motoren der Revolution

Die vielen Stiftungen von Soros haben nach seinen Angaben die Aufgabe, die gesellschaftliche Transformation zu beeinflussen. Unter anderem offensichtlich auch die Stiftungen zur Legalisierung der Drogen wie das Lindesmith Center und die Drug Policy Foundation. Aber **auch alle Stiftungen in vielen Ländern der Erde mit dem Titel Open Society Fund treten für die Legalisierung von Drogen ein** und dies mit dem Argument, dass die Aufhebung des Dro-

genverbots einer «offenen Gesellschaft» diene.

Globale Ziele von Soros: zentral gesteuerte Weltordnung und Drogenlegalisierung

Im Buch «Soros über Soros» schreibt der Finanzspekulant, was er international mit seinem «gestohlenen» Geld durchsetzen will: **Er findet es bedauerlich, dass die internationalen Beziehungen weiterhin auf dem Prinzip der nationalen Souveränität basieren.** Das will er mit der Behauptung ändern, damit könnte man weltweit die uneingeschränkte Bewegung des Kapitals verändern (S. 188). Tatsächlich kann ein Milliardär wie er einen zentralisierten Weltstaat leichter manipulieren. In gleicher Weise argumentiert Soros in der Wirtschaftswoche vom 4.2.1999, dass die «staatliche Souveränität internationalem Recht und internationalen Institutionen untergeordnet werden» muss. **Zudem will er sich für die Legalisierung von Drogen stark machen.**

Zentrale Ziele, mit denen sich Soros in der Geschichte verewigen will, sind die Auflösung der internationalen Drogenbekämpfung und die gezielte Vergiftung von Jugendlichen (S. 190-192). **Tatsächlich ist Soros in den letzten Jahren derjenige, der die gesamten Legalisierungsbestrebungen in der ganzen Welt finanziert.** Sein Ziel ist ganz klar, Drogen legal jedem abzugeben, der es wünscht. «Ich würde ein strikt kontrolliertes Verteilungsnetzwerk einrichten, durch das man die meisten Drogen, von den gefährlichsten wie etwa Crack abgesehen, legal erwerben könnte.» (S. 192). Anzunehmen ist, dass er dabei ein gutes Geschäft wittert.

So finanziert Soros unter anderem die 1986 gegründete Drug Policy Foundation und das 1994 gegründete Lindesmith Center mit dem Vorsteher Ethan Nadelmann, nach Eigendarstellung im Internet ein Projekt des Open Society Institutes. 1995 erhielt die Drug Policy Foundation 5 Millionen

Dollar, das Lindesmith Center 3 Millionen und Drug Strategies 3 Millionen.

Soros liess verlauten, dass die Haschischlegalisierung am besten dadurch zu erreichen sei, dass medizinisch positive Wirkungen propagiert würden. So finanzierte er Abstimmungen am 8. November 1998 in 8 amerikanischen Staaten, um die Legalisierung von Haschisch voranzutreiben. Unter anderem wurde die medizinische Verwendung von Haschisch in Colorado, Nevada, Oregon und Alaska zugelassen. Das Lindesmith Center lieferte dazu «geeignete» Untersuchungen. Das Volk stimmte diesen Vorhaben zu, in Unkenntnis darüber, dass es lediglich ein strategischer Schritt zur Legalisierung von Haschisch war. Schon Ende 1996 hatte Soros offiziell 15 Millionen Dollar gespendet, um in Kalifornien und Arizona die medizinische Anwendung von Marihuana zu erlauben (The Sunday Times, 7.6.1998; Die Zeit, 17.1.1997).



Die heutige Drogenpolitik weist negative Begleiterscheinungen auf, die nicht im Interesse unserer Gesellschaft sein können. Bild: ZVG

Einfluss von Soros auf die Schweizer Drogenpolitik ab den 1990er-Jahren

1998 gab es eine UNO-Versammlung zum Thema Drogen, zu welchem Soros einen **Gegengipfel** mitfinanzierte. An diesem nahm unter anderem **François Reusser** teil, einer der Co-Präsidenten der Droleg-Initiative und zudem Präsident von HanfPlus, einer Organisation, die den Verkauf von Haschisch in der Schweiz organisiert. Im Protokoll der Versammlung der Droleg vom 16. Juni 1998 wird festgehalten, dass die Delegation um François Reusser verschiedene Ziele in New York erreichen wollte: «Wichtig und wertvoll war dabei neben der Präsenz der Droleg auf dem internationalen Parkett vor allem, dass internationale Kontakte geknüpft werden konnten. Natürlich hoffen wir auf konkrete, finanzielle Hilfe aus dem Ausland.» Sie kam dann auch prompt. Unter anderem erschien das Inserat von Soros vom Gegengipfel in New York auf zwei NZZ-Seiten kurz vor der Droleg-Abstimmung am 26. November 1998. **Das bedeutet, dass die Droleg eine Volksinitiative aus dem Ausland finanzieren liess und damit die Volkssouveränität der Schweiz ganz offensichtlich aushöhlte.**

Auf dem Soros-Treffen für die Drogenlegalisierung in New York traten laut Tages-Anzeiger vom 12. August 1998 auch **Ambros Uchtenhagen**, der sogenannte wissenschaftliche Leiter der Heroinabgabe in der Schweiz, **Thomas Zeltner**, Leiter des Bundesamtes für Gesundheitswesen BAG, und der Drogenarzt **Toni Berthel** (siehe Anmerkung am Schluss) auf, der in Winterthur die Heroinverteilung betreibt. Das von Soros finanzierte Inserat unterschrieben auch Robert Hämig, Präsident der Schweizerischen Liga gegen Drogenprohibition, Betreiber der Berner Heroinverschreibung und Mitglied der marxistischen Vereinigung unabhängiger Ärztinnen und Ärzte, David Winizki, ebenfalls Mitglied dieses marxistischen Vereins, Dominique Hausser, Peter Albrecht, Liga gegen Drogenprohibition, Christian Nils Robert, Ruth Gaby Vermot, Ex-SP-Nationalrätin, Annie Minno, die vom Bundesamt für Gesundheitswesen als wissenschaftliche Expertin ausgegeben wird und Pascal Bernheim, Vizechef von Radio

Suisse Romande.

Schon zuvor hat die von Soros finanzierte Drug Policy Foundation im Oktober 1997 eine Zusammenkunft organisiert, auf der die Drogenlegalisierer der ganzen Welt vernetzt werden sollten. Wie der Spiegel Nr. 36/1997 vermeldete, fand dieses Treffen – ungestört von der Drogenmafia – in Medellin, dem Zentrum des kolumbianischen Kokainhandels, statt. **Offensichtlich hat die Mafia nichts gegen die Drogenlegalisierung einzuwenden.** Auch an diesem Treffen einer hochpotenten politischen Lobby fand sich Ambros Uchtenhagen ein, der für sich in Anspruch nimmt, die von Exponenten der Legalisierer erfundene und durchgeführte Heroinabgabe wissenschaftlich begleitet zu haben. Denken wir daran, dass in Kolumbien seit langem die marxistische Guerilla sehr eng mit der Drogenmafia zusammenarbeitet.

Es war nicht das erste Mal, dass Soros in der Schweiz eingegriffen hatte. Die Drug Policy Foundation verlieh Ueli Locher schon 1994 eine besondere Auszeichnung, weil die Heroinabgabe die Drogenlegalisierung so erfolgreich vorangetrieben hatte. Ueli Locher als offizieller Vertreter der Zürcher Stadtregierung nahm diesen Preis entgegen.

Noch offensichtlicher ist die Zusammenarbeit der Schweizer Politik mit der finanzstarken Legalisierungslobby: Auch im Jahr 2014 fand eine Konferenz über Harm Reduction (Schadensminderung) statt. Das Bundesamt für Gesundheitswesen unterstützte diesen Kongress ganz offiziell. George Soros finanzierte ebenfalls die Teilnahme von vielen Personen aus den verschiedensten Ländern. *Meinung von EgD: Diese indoktrinierten Teilnehmenden sollen in ihren Ländern nach «Schneeballprinzip» die Durchsetzung der Cannabislegalisierung, die «kontrollierte» Methadon-, Heroin- oder Kokainabgabe sowie die Errichtung von Fixerräumen vorantreiben.*

Anmerkung von EgD zu Toni Berthel: Dr. Toni Berthel ist übrigens Präsident der Eidg. Kommission für Drogenfragen. Er schreibt in einem Positionspapier, dass diese Kommis-

sion an der UNO-Sondersitzung von 2016 zum Thema Drogen den Bundesrat, das Bundesamt für Gesundheit BAG und das Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA im folgenden Ziel unterstützen werde: *Öffnung der internationalen Drogenpolitik nach dem Vorbild der Schweiz, so dass insbesondere die Schadensminderung weltweit Eingang in die nationalen Drogenpolitiken finden werde. Weiter heisst es in diesem Papier, dass Illegalität immer auch Unkontrollierbarkeit der Substanzen und des Konsums bedeuten würde und dass dadurch die Konsumenten am stärksten gefährdet würden. Berthel ignoriert damit in diesem Positionspapier, dass es primär um die negativen Auswirkungen der entsprechenden Betäubungsmittel geht, die trotz Kontrolle nicht zu eliminieren sind.*

Auch wenn die folgende Behauptung im Papier von T. Berthel und seiner Kommission immer wieder als Argument für die Einführung der staatlich organisierten und finanzierten Methadon- und Heroinabgabe herangezogen wird, ist sie nichts anderes als eine Lüge. So wird behauptet, die Schweiz sei Ende 80er- und Anfang 90er-Jahre von einer enormen Verbreitung der Heroinabhängigkeit betroffen gewesen, dies aufgrund der damaligen Durchsetzung des Verbotes. Als Elternvereinigung, deren Mitglieder zum Teil aktiv in den Drogenszenen in Zürich und Bern nach Angehörigen gesucht oder süchtige Menschen zum Ausstieg motiviert und das Elend persönlich miterlebt hatten, müssen wir diese Lüge der Schuldzuweisung klar zurückweisen. Fakt ist: Die Polizei war Spielball der Politik und musste die Drogenkonsumenten und -händler gewähren lassen. Die Süchtigen selber bestätigten dies immer wieder mit den Worten: «Weder die Bullen noch die Sozialarbeiter helfen uns. Unser Leben ist verschissen»; saubere Spritzen sind das Einzige, was wir erhalten. Helft uns: Wir wollen aussteigen aus dieser Scheisse.»

Der Autor dieses Artikels ist Mitglied der Schweizerischen Vereinigung Eltern gegen Drogen und ist schon mehrfach wegen seiner Äusserungen von der Drogenlegalisierungslobby bedroht worden, weshalb wir seinen Bericht anonym veröffentlichen.

Kiffer und Kifferin als Mörder und Messerstecherin

Der Mörder konsumierte exzessiv Marihuana

Er wäre so gerne Rapper geworden. Mario A. aus Hägendorf SO schrieb die Zeile: «Gott, vergib mir meine Sünden. Ich habe getötet!» Die Worte sind wahr. Die Kapuze seines hellgrünen Pullis über den Kopf gezogen, stieg Mario gestern kurz vor acht Uhr aus dem weissen Kastenwagen. Ein Beamter führte ihn vors Amtsgericht Olten. **Die Anklage lautet auf Mord.** Mario A. hat seinen Vater Markus A. erstochen. Mit 46 Messerstichen. Vor Gericht will er nichts mehr davon wissen. «Sie können sich nicht an einen einzigen Messerstich erinnern?», hakt die Gerichtspräsidentin nach. Mario eiskalt: «Nein.» Er beschreibt lieber, was am 15. Januar 2012 geschah. «Ich war nicht zufrieden mit meinem Leben, hatte alles verbockt. Und ich dachte an Selbstmord.» **Mario hat zwei Lehren und ein Praktikum abgebrochen, konsumierte exzessiv Marihuana,** zog bei seiner Mutter aus. Der Einzige, der noch an ihn glaubte, war sein Vater. Doch auch ihn enttäuscht er immer wieder. Nachdem

Mario in seinem Zimmer «noch einen Joint geraucht» hat, geht er zum Vater in die Stube. «Wir schauten zusammen einen Western.» Die Stimmung sei «ruhig» gewesen. Noch bevor der TV-Film fertig ist, sagt der Vater gute Nacht und geht ins Bett. Mario sagt, er habe daraufhin «eine Scheibe» haben wollen und eine Flasche Rotwein getrunken. «Ich wollte mir Mut antrinken für den Suizid.» Laut Anklage geht der Sohn kurz vor 22 Uhr ins Schlafzimmer des Vaters, der bereits schläft.

30 Minuten steht er vor dem Bett. Der Vater wacht auf. Da sticht Mario mit einem Küchenmesser zu, immer und immer wieder. (...) Die Gerichtspräsidentin fragt: «**Warum haben Sie nicht die Ambulanz gerufen?**» **Mario: «Ich habe nicht daran gedacht.»** Der Staatsanwalt fordert eine Freiheitsstrafe von 20 Jahren, die zugunsten einer stationären Massnahme aufgeschoben werden soll.

Bericht aus: www.blick.ch, 21.11.2013 (sämtliche Namen geändert)



Vor der Messerattacke rauchte Simona M. Marihuana

Gestern stand die gelernte Kauffrau wegen versuchter schwerer Körperverletzung vor dem Kreisgericht St. Gallen. Die Anklage verlangt eine Freiheitsstrafe von drei Jahren, 17 Monate davon unbedingt. Die Vorwürfe sind happig. Am 15. Juli 2012 stritten Simona M. und ihr Freund lautlos in der gemeinsamen Wohnung. «Sie stiess dabei ein Messer mit einer Klingenslänge von 20 Zentimetern in den Unterbauch des Opfers», sagt der Staatsanwalt.

«Es war ein Unfall», beteuert die Angeklagte vor den Richtern. Klar, sie hätten sich gestritten. Im Fernsehen sei Fussball gelaufen. «Ich wollte gerade einen Landjäger mit dem Messer aufschneiden, als er von hinten kam, aus dem Badezimmer», sagt Simona M. «Ich erschrak und habe ihn bei einer Drehung unabsichtlich am Bauch gestreift.» Zuerst habe sie gar nicht gemerkt, dass er verletzt war und blutete.

Nur zwei Monate später, am 11. September dann der zweite Vorfall. Das Paar zoffte sich, weil Simona M. eifersüchtig war. Sie glaubte, ihr Freund habe ein Techtelmechtel mit einer Arbeitskollegin. **Sie trank, rauchte Marihuana.** Der Freund sass auf der



Zwei Fälle, bei denen vorgängig jeweils Marihuana im Spiel waren. Bilder:Optinovum

Couch und schaute im TV das Länderspiel Schweiz - Albanien. Da griff sie laut Anklage zum Tomatenmesser, stach zu. Wieder musste ihr Partner notoperiert werden.

Ihr Verteidiger verlangt 18 Monate, davon 9 Monate unbedingt. Das Urteil steht aus. Wie auch immer es ausfällt, Simona M. muss nicht mehr ins Gefängnis. Nach der Untersuchungshaft musste sie während eines Jahres in eine stationäre Therapie. Seit ihrer Entlassung ist sie im vorzeitigen Massnahmenvollzug. Das bedeutet, **sie muss regelmässig in eine ambulante Psychotherapie und darf weder Alkohol trinken noch Marihuana rauchen.**

Bericht aus: www.blick.ch, 30.1.2015 (Name geändert)

Die Schweizerische Vereinigung Eltern gegen Drogen dankt den Medienschaffenden, dass sie doch hier und da das Märchen vom friedlichen Kiffer mit Berichten wie diesen von Mario A. und Simona M. entkräften. Auch die Studienergebnisse von Prof. Killias bei über 5000 Jugendlichen zeigten, dass die Gewaltbereitschaft bei Cannabiskonsumanten zunimmt, da durch den Rausch die Hemmschwelle gesenkt wird.

Schliessung eines Hauses für Frauen mit Drogenproblemen und ihre Kinder



Primäres Ziel der Drogenpolitik sollte der Ausstieg aus der Sucht sein. Bild:Optinovum

Im Dezember 2014 teilte die Geschäftsleitung des Novizonte-Sozialwerks Folgendes mit:

«Nach einem Analyseprozess und Absprachen mit kantonalen Stellen sind wir zum Entschluss gekommen, **das stationäre Angebot in der bisherigen Form nicht mehr weiterzuführen.** Im Wesentlichen sind es folgende Gründe, welche zu diesem Entscheid geführt haben: Die seit Beginn der Arbeit bestehenden Belegungsschwankungen haben sich verstärkt. **Die Bereitschaft von Menschen mit Drogenproblemen, einen abstinenter Weg zu gehen, hat abgenommen.**

Unter dem allseits bekannten Spardruck wurden teilweise Kostengutsprachen nicht mehr erteilt. Platziert wird erst, wenn die ambulanten Massnahmen nicht mehr greifen.

Das bedeutet, dass diejenigen Frauen, welche noch kommen konnten, sehr komplexe Störungsbilder mitbringen. Dies wiederum erfordert die Anstellung von hoch qualifiziertem Fach-

personal, was wiederum den finanziellen Kürzungen in den kommenden Jahren diametral entgegensteht. Wir werden aber das Therapiehaus noch so lange offen lassen, bis alle betreuten Frauen mit ihren Kindern ihre Aufenthaltszeit abgeschlossen haben. Anschliessend wird die Liegenschaft umgenutzt. Es wird eine Wohngruppe für Menschen mit einer Beeinträchtigung (IV-Bereich) aufgebaut werden.»

Kommentar von EgD: Seit der Einführung der kostenlosen Heroin- und Methadonabgabe und dem Zurverfügung-Stellen von ganzen Wohnungen an Drogenkonsumierende ist die Bereitschaft von Süchtigen, eine stationäre – oft nicht mehr vom Staat finanzierte – Therapie anzutreten, markant zurückgegangen. Diese Vernachlässigung der Nachhaltigkeit kann sich nur die reiche Schweiz erlauben. Die Frage ist: Wie lange ist die steuerzahlende Bevölkerung noch bereit, das «Recht auf Sucht» mit x Millionen zu bezahlen?

26 June

WORLD DRUG DAY

INTERNATIONALER TAG
GEGEN DROGENMISSBRAUCH UND
ILLEGALEN DROGENHANDEL

Zum aktuellen Thema der Cannabis Social Clubs und der Cannabisfreigabe organisieren wir für Sie gerne Vorträge oder Podiumsdiskussionen.

Falls Sie Interesse haben, melden Sie sich bitte bei der Präsidentin, Frau Sabina Geissbühler-Strupler, E-Mail s.g.s@bluwin.ch.

Herzlichen Dank!

Forderungen von Pflegeeltern an drogen-süchtige Eltern

Pflegeeltern, die einen Sohn einer drogensüchtigen, alleinerziehenden Frau aufgenommen hatten, konnten viele Jahre lang Erfahrungen mit der Arroganz vieler Drogenkonsumentinnen, der Macht dieser unzurechnungsfähigen, oft verantwortungslosen Eltern und den bleibenden Schäden ihrer Kinder sammeln.

Sie fordern die Gesellschaft auf, nicht nur die Wünsche der nicht ausstiegswilligen Süchtigen zu erfüllen, sondern deren Einsicht zu verlangen und die Forderungen des unten stehenden Kodex dementsprechend unterschreiben zu lassen.

KODEX der Kiffer und Kifferinnen, Drogenkonsumentinnen und -konsumenten, Cannabis-Legalierer und -legalisiererinnen, Legalisierungsbefürworter und -befürworterinnen. Wir unterziehen uns den folgenden Grundsätzen:

1. Wir verzichten auf die Ausübung der politischen Rechte – denn wir halten uns nicht an die Beschlüsse der eidgenössischen Abstimmungen!

2. Wir lassen uns medizinisch behandeln, damit wir keine Nachkommen zeugen – denn wir sind nicht in der Lage, diesen eine unbeschwertere familiäre Erziehung zu bieten!

3. Wir verzichten auf eigenes Führen von Motorfahrzeugen oder das Fahren eines Fahrrads – denn wir sind nicht in der Lage, uns im Strassenverkehr ordnungsgemäss zu verhalten!

4. Wir begeben uns nicht mehr in geschlossene Räume wie Lifte, öffentliche Verkehrsmittel, Wartezimmer und dergleichen – denn die von uns als Kiffer und Kifferinnen verbreiteten Ausdünstungen sind unseren Mitmenschen zuwider!

5. Wir sind bereit, die doppelten Krankenkassenprämien zu bezahlen – denn wir beanspruchen früher oder später ein Mehrfaches an medizinischen Leistungen für die selbstverschuldeten Gesundheitsschädigungen!

6. Wir schämen uns für das Unge-mach, welches wir unseren Angehö-

rigen antun – denn ihr Mitgefühl erzeugt bei ihnen grösste Sorgen, schlaflose Nächte und hohe Kosten!

7. Wir fühlen uns schuldig für die der Öffentlichkeit verursachten enormen Kosten!

8. Wir lachen über die naiven Therapieversuche, die Fixerstüblis und die geplanten Cannabis-Klublokale – denn damit können sich viele bereichern; nützen würde uns nur eine lange, strikte Quarantäne!

9. Wir wollen uns von Messern und Stichwaffen entledigen – denn schon Bagatellen machen uns zornig und lassen uns wütend zustechen!

10. Wir verachten die Dealer – denn auch mit kleinsten Mengen beginnen sie, uns vorsätzlich zu ermorden und sich selbst zu bereichern!



Werden Sie Mitglied!

Als Mitglied erhalten Sie vierteljährlich das Informationsbulletin *Eltern gegen Drogen*, das Sie über aktuelle Themen auf dem Laufenden hält. Mit Ihrem Mitgliederbeitrag unterstützen Sie die Anliegen der Schweizerischen Vereinigung Eltern gegen Drogen.

- Einzelmitglied** (Jahresbeitrag Fr. 30.–)
- Ehepaar-Mitglied** (Jahresbeitrag Fr. 50.–)
- Gönner** (Beitrag nach freiem Ermessen)
- Ich will das Informationsbulletin *Eltern gegen Drogen* abonnieren. (Fr. 20.–; erscheint 4x im Jahr)
- Ich möchte die Vereinigung finanziell unterstützen. Bitte senden Sie mir einen Einzahlungsschein. (PC Konto 30-7945-2)

Name, Vorname _____

Adresse _____

PLZ / Ort _____

Datum / Unterschrift _____

Schweizerische Vereinigung Eltern gegen Drogen, Postfach, 3001 Bern

Impressum

Herausgeberin:

Schweizerische Vereinigung
Eltern gegen Drogen,
Postfach, 3001 Bern
eltern_g_drogen@bluewin.ch
www.elterngegendrogen.ch

Spendenkonto:

PC 30-7945-2
Vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Redaktionsteam:

Dr. med. Theodor Albrecht
Dr. rer. nat. Alexandra Nogawa
Sabina Geissbühler-Strupler

Layout: Optimovum GmbH, 3018 Bern

Korrektorat: Entlastungsbüro Toni
Augsburger, 3047 Bremgarten b. Bern

Druck: Jordi AG, Aemmenmattstrasse 22,
3123 Belp, info@jordibelp.ch